

2.8 Von der Entstalinisierung in Polen und der Ungarischen Revolution 1956 bis zur ›Alleinherrschaft‹ Chruschtschows

Der XX. Parteitag sollte nicht zuletzt in den unter der Kontrolle Moskaus stehenden osteuropäischen Satellitenstaaten eine große Bedeutung bekommen, die in der Ungarischen Revolution im Herbst 1956 zweifelsohne ihren Höhepunkt fanden und das sowjetische Imperium ins Wanken brachten. Allerdings machte sich die Entstalinisierung bereits wenige Monate nach dem Parteitag insbesondere in Polen bemerkbar, da sich die Position der polnischen Kommunisten gegenüber der Moskauer Zentrale verbessert hatte. Denn die Verurteilung der stalinschen Verbrechen durch Chruschtschows Rede rehabilitierte die eigene Partei, weil nicht zuletzt polnische Kommunisten Opfer vor allem der Parteisäuberungen in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg wurden und entweder vom NKWD-Apparat getötet wurden oder in den Konzentrationslagern umkamen. Viele der führenden Funktionäre der Kommunistischen Partei Polens wurden selbst in die sowjetischen Lager deportiert und erst nach Kriegsende freigelassen. Spätestens seit Mitte des Jahres 1956 zeigte sich, dass einige Führer der nationalen Kommunistischen Partei den Weisungen Moskaus nicht mehr Folge leisteten. Vor dem Hintergrund des in weiten Teilen der polnischen Bevölkerung grassierenden Hasses auf die Sowjetunion – der beispielsweise in der unmittelbaren Vergangenheit durch den zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im Frühjahr 1940 im Wald von Katyn (unweit von Smolensk) von NKWD-Einheiten begangenen Massenmord von Tausenden von polnischen Offizieren »neue Nahrung« bekam⁵⁷⁴ – nahm vor allem unter den (Partei-)Intellektuellen des Landes im Zuge des Tauwetters die Kritik am kommunistischen System sowjetischer Couleur zu. Gleichwohl richteten sich deren Forderungen nach einer radikalen Abkehr der Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung und für eine Liberalisierung des Landes auch an die Exponenten des »eigenen« Regimes, die man als Statthalter Moskaus ansah. Die Warschauer Führung hatte immer größere Schwierigkeiten, auf den Druck aus der eigenen Bevölkerung angemessen zu reagieren, zumal innerhalb der Partei die Auseinandersetzungen zwischen »Reformern« und »Dogmatikern« an Stärke zunahmen. Dieser Gärungsprozess führte in Polen im Juni 1956 zu einer ersten Explosion, als das Regime mit einem Streik von Arbeitern in Posen konfrontiert wurde, den die Warschauer Führung unter Einsatz von Panzern brutal unterdrückte, wobei die Aufständischen seitens der sowjetischen Parteiführung als »ausländische Agenten« verleumdet wurden.⁵⁷⁵

Die Posener Unruhen Ende Juni 1956 vertieften die Konflikte innerhalb der polnischen Partei und stärkten unter anderem aufgrund des Drucks seitens der polnischen Bevölkerung die Kräfte, die einer Demokratisierung bzw. Entstalinisierung des polnischen Regimes das Wort redeten und die sich gegen die sowjetische politische

574 Zu dem »Katyn-Verbrechen« vgl. im Einzelnen G. f. Hudson, Die Toten von Katyn. Zu den neuesten polnischen Quellenschriften, in: Der Monat 4 (1952), H. 40, S. 403–407 (Sammelrezension). An dieser Stelle sei angemerkt, dass in diesen frühen Veröffentlichungen der endgültige Beweis für die sowjetische Täterschaft noch nicht gesichert war, gleichwohl die damaligen Umständigen im Grunde genommen bereits dafür sprachen, dass nicht die deutschen Nationalsozialisten im Zuge des Überfalls auf Polen, sondern die sowjetischen Kommunisten den Massenmord begangen.

575 Vgl. Erik Nohara, Die zweite Revolution. Polens Weg vom Tauwetter zum Aufstand, in: Der Monat 8 (1956), H. 95, S. 3–14, sowie Albert Camus, Karl Jaspers, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Manés Sperber u. a., Poznan, in: Ebd., S. 86 (hierbei handelte es sich um einen Leserbrief).

Führerrolle aussprachen. Eine Mehrheit der Parteiführung bewertete im Gegensatz zur sowjetischen Führung die Vorgänge in Posen nicht als Machenschaften der »westlichen Imperialisten«, sondern als Ausdruck einer berechtigten Unzufriedenheit seitens der Bevölkerung. Die Hoffnungen der reformwilligen Kräfte der Partei und der polnischen Bevölkerung ruhten vor allem auf den »überzeugten Kommunisten« (Fritz René Allemann) Władysław Gomułka – der ehemalige Generalsekretär der Partei wurde 1949 Opfer der stalinistischen Säuberungen und aufgrund »titoistischer Abweichungen« aus der Partei ausgeschlossen –, der im April 1956 amnestiert, im August wieder in die Partei aufgenommen wurde und zum Symbol der Demokratisierung des Landes sowie des Willens zur nationalen Unabhängigkeit avancierte. Im Oktober 1956 verkündete der zum neuen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens gewählte Gomułka trotz Moskauer Drohungen sein Programm eines »nationalen Kommunismus«, das, ohne das »Bündnis« mit der Sowjetunion grundsätzlich infrage zu stellen, vor allem im Einklang mit der Bevölkerung auf die innenpolitische Souveränität des polnischen Regimes insistierte⁵⁷⁶ und trotz Aufrechterhaltung der führenden Rolle der Partei die Demokratisierung des Landes anvisierte (u. a. geheime Wahlen in der Partei, Einführung von Arbeiterräten, ein beträchtliches Maß an Diskussionsfreiheit im Land und die Bildung relativ unabhängiger Interessengruppen), die den Abbau der totalitären Diktatur zur Folge hatte.⁵⁷⁷

Die zweifelsohne tiefste Zäsur stellte der XX. Parteitag der KPdSU in Ungarn dar, wo die anschließende Entstalinisierung im Vergleich zur Entwicklung in Polen oder anderen osteuropäischen Satellitenstaaten des sowjetischen Imperiums einen gänzlich anderen Verlauf nahm.⁵⁷⁸ Im Gegensatz zu der Situation in Polen waren führende Vertreter der Kommunistischen Partei Ungarns überzeugte »Stalinisten«. Zudem waren die Parteiführer Rákosi und Gerő mitverantwortlich für die Hinrichtung von László Rajk und seiner »titoistischen« Gefährten im Jahre 1949 durch Stalin und widersetzten sich jedweder Demokratisierung des Regimes. Auch wenn sicherlich in Teilen der Partei ebendiese Forderung artikuliert wurde, machte sich in erster Linie in der ungarischen Bevölkerung eine »Aufbruchsstimmung« breit. Zum Hoffnungsträger für das Ziel einer Beendigung der Parteidiktatur und der Zerschlagung der verhassten

576 Vgl. hierzu Fritz René Allemann, Der Westen, Deutschland und die osteuropäische Revolution, in: Der Monat 8 (1956), H. 99, S. 3–13 (hier speziell S. 4 ff.).

577 Vgl. hierzu im Einzelnen Ernst Halperin, Unter der Tarnkappe, in: Der Monat 9 (1957), H. 102, S. 17–25 (Zitat auf S. 25). Vgl. auch Eric Nohara, Besuch bei »Po Prostu«. Reise-Impressionen aus dem neuen Polen, in: Der Monat 10 (1957), H. 109, S. 23–29, sowie zur größeren »Meinungsfreiheit« bzw. Freiheit unter den polnischen Schriftstellern und Intellektuellen exemplarisch Wanda Bronska-Pampuch, Die »Rabiaten«. Zu einer neuen polnischen Erzählung, in: Der Monat 10 (1957), H. 109, S. 72–75.

578 Vgl. exemplarisch hierzu die Veröffentlichungen zur Entwicklung des SED-Regimes: Fritz René Allemann, Gespräche am anderen Ufer, in: Der Monat 9 (1956), H. 97, S. 3–9; ders., Erschütterung und Konsolidierung, in: Der Monat 9 (1957), H. 103, S. 3–8. Vgl. auch Ernest J. Salter, Gestaltwandel des Absurden. Nach der SED-Kulturkonferenz, in: Der Monat 10 (1957), H. 111, S. 79–85. Speziell zur Entwicklung in Jugoslawien vgl. vor allem die Beiträge: Ernst Halperin, Milovan Djilas. Titos Gefangener bricht mit dem Kommunismus, in: Der Monat 9 (1957), H. 108, S. 9–13, sowie Richard Löwenthal, Brief aus Belgrad: Führt Titos Weg zurück? Djilas und das jugoslawische Dilemma, in: Der Monat 10 (1957), H. 109, S. 30–37.

politischen Polizei sowie für wirtschaftliche Reformen wurde Imre Nagy,⁵⁷⁹ der von 1953 bis 1955 Ministerpräsident war, durch Rákosi und Gerő gestürzt und aus der Partei ausgeschlossen wurde. Nachdem es am 22. Oktober 1956 zu Studentenunruhen und am 23. Oktober in Budapest zu einer gewaltigen Massendemonstration kam, die im Kern eine antikomunistische und antisowjetische Freiheitsbewegung war und den Charakter eines Volksaufstandes besaß, zeigte der Verlauf der Ereignisse, dass das stalinistische Regime in Ungarn existenziell bedroht war.⁵⁸⁰ Die ungarische Führung, die sich, nachdem die ungarische Armee auf die Seite des Volksaufstandes übergegangen war, zum Schutz ihrer Herrschaft nur noch auf die Sicherheitspolizei und auf sowjetische Truppen stützen konnte, ernannte in dieser Situation Imre Nagy am 24. Oktober zum Ministerpräsidenten und dessen bisherigen Kritiker János Kádár am 25. Oktober zum neuen Parteichef.⁵⁸¹ Die neue Regierung Nagy, die erkannte, dass eine reformierte Parteidiktatur vom Typus des Gomulka-Regimes ausgeschlossen war und die Unterstützung der Bevölkerung nur noch durch einen grundsätzlichen Regimewechsel gewonnen werden konnte, der vor allem die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems zum Ziel hatte, ging auf die Forderungen der Aufständischen ein, verlangte die Zurückziehung der sowjetischen Truppen und beschloss, den Warschauer Pakt zu kündigen sowie die Neutralität des Landes zu proklamieren. In diesem Zusammenhang kam es zum Bruch mit Kádár, der sich am 1. November in die Obhut des sowjetischen Oberkommandos begab. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Kremelführung anscheinend beschlossen, die ungarische Unabhängigkeitsbewegung niederzuschlagen. Am 4. November eroberten sowjetische Truppen Budapest und schlugen den Ungarischen Volksaufstand blutig nieder, und am selben Tag schaltete die neue Regierung Kádár wieder zu der früheren Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale zurück.⁵⁸²

Wie wurden im *Monat* die Ereignisse in den osteuropäischen Satellitenstaaten in Polen und Ungarn im Oktober 1956 mit Blick auf das sowjetische Imperium bewertet? Welche unmittelbare Bedeutung wurde ebendiesen Ereignissen für das sowjetkommunistische Herrschaftssystem unter Chruschtschow vor dem Hintergrund der Entstalinisierung des Regimes nach dem Tod Stalins und dem XX. Parteitag der KPdSU beigemessen?

Abgesehen von den bereits genannten Beiträgen, die angesichts der Entwicklungen in den sowjetischen osteuropäischen Satellitenstaaten und speziell in Polen sowie in Ungarn sämtlich einen eher beschreibenden Charakter besaßen, war die Veröffentlichung *Es gibt kein Zurück* – mit dem Untertitel *Die Lehren aus Ungarn und Polen* – von Löwenthal⁵⁸³ aus einer primär analytischen Perspektive geschrieben. In diesem Zusammenhang ging er explizit oder implizit auf die oben gestellten Fragen ein.

579 Vgl. grundsätzlich François Fejtő, Imre Nagy. Ein Porträt, in: *Der Monat* 10 (1957), H. 110, S. 3–11, sowie Imre Nagy, Auszüge aus einem »Politischen Testament«, in: Ebd., S. 11–21.

580 Das Folgende nach Ernst Halperin, Brief aus Budapest: Bei der ungarischen Jugend, in: *Der Monat* 9 (1956), H. 99, S. 14–18, sowie François Bondy, Ungarns Augenblick der Freiheit, in: Ebd., S. 19–32.

581 Vgl. grundsätzlich George Paloczi-Horvath, Janos Kadar. Ein Porträt, in: *Der Monat* 9 (1957), H. 102, S. 3–10.

582 Siehe ebd., S. 10.

583 Richard Löwenthal, *Es gibt kein Zurück. Die Lehren aus Ungarn und Polen*, in: *Der Monat* 9 (1957), H. 100, S. 7–15.

»Wir stehen«, schrieb Löwenthal zu Beginn seines Beitrages, der im Januar des Jahres 1957 erschien, »an einem Wendepunkt der Geschichte. Die Völker Polens und Ungarns haben der Macht und der Ideologie des Sowjetreiches Schläge versetzt, von denen es sich auf der alten Basis nicht mehr erholen kann.« Für ihn stand fest, dass die Ereignisse in Ungarn und Polen nicht ausschließlich nationale Vorgänge waren, sondern nur aufgrund einer grundsätzlichen »Zerfallskrise des Stalinismus« möglich wurden.⁵⁸⁴ Das hieß vor allem: Angesichts des durch die sowjetische Führung nach dem Tod Stalins »planmäßig« gelenkten, nicht rückgängig zu machenden Prozesses der Entstalinisierung stellten der XX. Parteitag und die Geheimrede Chruschtschows eine elementare Zäsur dar, weil die in erster Linie aus innenpolitischen Gründen vorgenommene Verurteilung Stalins und »seines« Terrorsystems gegen die eigentlichen Intentionen der sowjetischen Machthaber ihre moralische und politisch-ideologische Autorität auch und vor allem in den osteuropäischen Satellitenländern erschüttert hatte. Daraus folgte für Löwenthal, dass der sowjetischen Führung der Entstalinisierungsprozess und mithin die Lockerung der früheren Herrschaftsmethoden aus der Zeit Stalins entglitten und im Grunde genommen nicht mehr zu kontrollieren war. Die Rehabilitierung des ehemaligen »Verräters« Tito durch Chruschtschow und das damit verbundene Eingeständnis, dass die Sowjetunion nicht das einzige Vorbild für den »Aufbau des Sozialismus« sei, hatten unter anderem zu den Ereignissen in Polen und in Ungarn geführt. Die Rückkehr zu den stalinistischen Gewaltmethoden wie im Fall des von der sowjetischen Armee besetzten Ungarn konnte nach Auffassung von Löwenthal keine Stabilisierung des sowjetischen Imperiums in Osteuropa bringen. Auf der anderen Seite war eine Preisgabe der Parteiregime in den Satellitenstaaten aus genuin politisch-ideologischen Gründen unmöglich. Gleichzeitig hätte eine allgemeine »Liquidierung der Satellitenregime« durch ihre Bevölkerung dem zum damaligen Zeitpunkt bereits stark angeschlagenen Mythos vom nicht aufzuhaltenden Siegeszug des Kommunismus auch in der Sowjetunion den Todesstoß versetzt. Für Löwenthal stand in diesem Zusammenhang mit Blick auf das sowjetische Regime fest:

Wer die ideologische Wiederbelebung der herrschenden Partei für so fundamental hält wie die Gruppe um Chruschtschow, kann einer solchen Liquidierung unmöglich zustimmen; aber wird, wer ihr nicht zustimmt, auf die Dauer die Sicherheitsinteressen Rußlands wahren können?

Je länger die Krise des Satellitenreichs anhält, je schwieriger die Wiederherstellung kommunistischer Satellitenregime mit militärischer Gewalt sich erweist, desto deutlicher werden das ideologische Interesse der Partei und das Staatsinteresse Rußlands auf Lösungen in verschiedene Richtung drängen. Unter allen Folgen der Krise ist diese von der größten historischen Tragweite. Denn der Stalinismus beruht auf der gewaltvollen Verflechtung, ja Identifizierung dieser beiden Interessen. Das aber besagt, daß die Krise des Satellitenreichs ihre Lösung so wenig in einer Rückkehr zum Stalinismus finden kann, wie das innere Wachstum der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft und die Verschiebungen im Verhältnis von Partei, Geheimpolizei und Armee auf die Dauer eine solche Lösung zulassen.⁵⁸⁵

584 Ebd., S. 7.

585 Ebd., S. 15.

Das sowjetische Imperium war tatsächlich durch die Ereignisse in Polen und insbesondere durch die Vorgänge in Ungarn sowohl politisch als auch ideologisch schwer angeschlagen. Die erste Hälfte des Jahres 1957 zeigte, dass die brutale Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes zwar keine grundsätzliche Lösung der Krise des Satellitenreiches darstellte, aber gleichwohl dazu führte, dass den oppositionellen Gruppen in den osteuropäischen Ländern klargemacht wurde, dass eine Befreiung der unter der Kontrolle Moskaus stehenden kommunistischen Regime auf lange Zeit versperrt war. Den sowjetischen Machthabern ging es zunächst unter anderem darum, die Einheit des Ostblocks unter ihrer Führung wiederherzustellen sowie vorhandene Hoffnungen auf eine Liberalisierung des Regimes im eigenen Land, die beispielsweise unter den Schriftstellern und Intellektuellen vorhanden waren, zurückzudrängen.⁵⁸⁶

Für die innere Entwicklung des sowjetischen Regimes waren in erster Linie die von Chruschtschow am 30. März 1957 vertretenen Thesen zur »Dezentralisierung der Industrie und der Bauwesenverwaltung von einschneidender Bedeutung«.⁵⁸⁷ Die Durchführung dieser Maßnahmen stellte gewissermaßen die größte innenpolitische Umwälzung der Sowjetunion seit Stalins Kollektivierungspolitik Ende der 1920er-Jahre dar. An die Stelle der zentralen 25 Wirtschaftsministerien traten lokale Wirtschaftsräte der einzelnen Verwaltungsgebiete. Fortan hatte die staatliche Plankommission (Gosplan) nur noch die Aufgabe einer allgemeinen und grundsätzlichen Lenkung. Das zentrale Ziel der von Chruschtschow in Gang gebrachten Reform der sowjetischen Wirtschaft bestand darin, die hohe staatliche Wirtschaftsbükratie zugunsten von Parteifunktionären zu entmachten. Die groß angelegte Wirtschaftsreform brachte eine grundsätzliche Veränderung der Wirtschaftsleitung mit sich. Gleichwohl war entscheidender, dass sich hierdurch eine weitreichende Veränderung der Machtverhältnisse im sowjetischen Regime ergab. Denn die Wirtschaftsreform zielte in funktioneller und personeller Hinsicht in erster Linie auf eine Stärkung des Parteiapparates. Auf den ersten Blick schien im Frühjahr 1957 innerhalb der sowjetischen Führung Konsens über die radikale Wirtschaftsreform zu bestehen. Allerdings warteten Chruschtschows Gegner in der Parteiführung nur auf die günstige Gelegenheit, den Angriff auf ihn starten, den sie für die krisenhaften Entwicklungen in Polen und Ungarn verantwortlich machten. Bereits auf dem Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1956 formierte sich der »Widerstand« gegen Chruschtschows Entwurf für die Reorganisation des alten Planungssystems, die auf eine »rationelle« Wirtschaft abzielte. Auf dem Plenum des ZK Ende Juni 1957 gelang es Chruschtschow aber, fünf seiner gefährlichsten Widersacher aus dem Parteipräsidium auszuschließen. Neben Malenkow, Kaganowitsch und Molotow, die sich mit dem Vorwurf ihrer Mitverantwortung bei den stalinistischen Säuberungen konfrontiert sahen, wurden Perwuchin und Saburow Opfer der chruschtschowschen Säuberungen. Der Triumph des ersten Parteisekretärs wurde gekrönt durch die Veränderung in der Zusammensetzung des Parteipräsidiums. Fortan bestand es nämlich aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern und neun Kandidaten – darunter sämtliche acht Mitglieder des Zentralsekretariats der Partei bzw. des chruschtschowschen Sekretariats, und sie wurden mit »Doppel-funktionen im Präsidium und Sekretariat« (Herbert Ritvo) ausgestattet. Im neuen Parteipräsidium stellte die »Parteimaschine« insgesamt 16 Funktionäre, wohingegen

586 Vgl. hierzu Erik Nohara, Die große Debatte, in: Der Monat 9 (1957), H. 103, S. 86–91.

587 Das Folgende nach Richard Löwenthal, Die letzte Säule, in: Der Monat 9 (1957), H. 107, S. 3–12.

die Zentralregierung ausschließlich durch den Ministerpräsidenten Bulganin, den stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan, Marschall Schukow und die Minister Perwuchin sowie Kosygin vertreten war. Daraus folgte eine entscheidende Machtverschiebung zugunsten Chruschtschows, denn der Personenkreis, der formal für die eigentlichen Regierungsgeschäfte verantwortlich zeichnete, war letzten Endes nicht mehr in der Lage, die tatsächliche Politik maßgeblich mitzubestimmen. Löwenthal stellte in seinem im Augustheft des Jahres 1957 erschienenen Beitrag *Die letzte Säule* in diesem Zusammenhang einerseits fest, dass nach dem vollständigen Sieg Chruschtschows über seine Gegner im Parteipräsidium die aus der Stalinzeit bekannte »Vorherrschaft des einen Mannes an der Spitze der Parteimaschine wiederhergestellt« wurde. Andererseits war er in Bezug auf das eigentliche Ziel der neuen Wirtschaftspolitik der Auffassung, dass es darum ging,

den Dualismus von Partei und staatlicher Verwaltung abzuschaffen, mit dem die Sowjetunion seit vierzig Jahren regiert wird; er strebt eine unmittelbare Beherrschung des gesamten Landes (einschließlich der direkten Lenkung der Wirtschaft) durch Parteisekretäre an. Der Staat soll in der Sowjetunion, wie Lenin es verhieß, allmählich »absterben« – jedoch nur in dem technischen Sinne, daß seine Bürokratie durch die Partei nicht mehr kontrolliert, sondern abgelöst wird.⁵⁸⁸

Vor diesem Hintergrund war die Auflösung und Entmachtung der Zentralregierung die unmittelbare Konsequenz des chruschtschowschen Entwurfs für die »Reorganisation der wirtschaftlichen Planung«, denn das erklärte Ziel Chruschtschows bestand darin, der Partei die »unmittelbare Herrschaft über das wirtschaftliche Leben zu verschaffen«.⁵⁸⁹ Naheliegenderweise folgte hieraus eine fundamentale Veränderung im Herrschaftsgefüge des sowjetischen Einparteienregimes, das nach Auffassung von Löwenthal traditionsgemäß auf vier in sich »selbst hierarchisch gegliederten Säulen« ruhte: nämlich auf dem Parteiapparat, der Geheimpolizei, der staatlichen Wirtschaftsverwaltung sowie der Armee.⁵⁹⁰ Denn nachdem zwei der sogenannten Säulen, d. h. die Geheimpolizei und die staatliche Wirtschaftsverwaltung, durch Chruschtschow und seine Parteifunktionäre entmachtet wurden, indem sie nicht mehr im höchsten politischen Gremium des Regimes, dem Politbüro bzw. dem Parteipräsidium, vertreten waren, existierten noch zwei Machtapparate: die Partei unter der Führung Chruschtschows und die Armeeführung. Aus den zurückliegenden Veränderungen in der sowjetischen Gesellschaft im Allgemeinen⁵⁹¹ und den Machtkämpfen in Bezug auf die Nachfolge Stalins im Besonderen hatte vor allem die Armee unter der Führung von Marschall Schukow entscheidenden politischen Gewinn erzielen können. Sie hatte sich nämlich auf die Seite Chruschtschows geschlagen und infolgedessen gegen seine unmittelbaren Rivalen Malenkow, Kaganowitsch und Molotow entschie-

588 Ebd., S. 3.

589 Ebd., S. 10.

590 Ebd., S. 11.

591 Vgl. hierzu auch Melvin J. Lasky, Die Sachverständigen. Bericht über eine Tagung, in: Der Monat 9 (1957), H. 107, S. 13–21.

den.⁵⁹² Völlig überraschend für die sowjetische Bevölkerung wurde gleichwohl Schukow am 26. Oktober 1957 als Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte abgesetzt und aus dem Parteipräsidium und dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Am 26. März 1958 setzte Chruschtschow zum entscheidenden Schlag auf seinem langen »Weg zur Alleinherrschaft« an:⁵⁹³ Auf einer Sitzung des Obersten Sowjets wurde Bulganin seines Amtes entbunden und kurz darauf ebenfalls aus dem Parteipräsidium sowie dem Zentralkomitee ausgeschlossen, woraufhin Chruschtschow, der seit dem XX. Parteitag als alleiniger Sprecher der Partei und des Staates fungierte, dessen Funktion übernahm – mit der entscheidenden Konsequenz, dass seit dem Tod Stalins zum ersten Mal die Führung der Partei und der Regierung ausschließlich in den Händen einer einzelnen Person lag. Auf dem vom 27. Januar bis zum 5. Februar 1959 stattgefundenen außerordentlichen Parteitag der KPdSU präsentierte sich Chruschtschow gewissermaßen das erste Mal als unumstrittener Führer des Parteistaates, und gleichzeitig bildete er den Rahmen für einen neuerlichen, wiederauflebenden »Persönlichkeitskult«, der fortan innerhalb der Partei eine überragende Rolle spielte, allerdings auch den sowjetischen Alltag prägen sollte und mithin vielerorts Erinnerungen an die Jahre der terroristischen Herrschaftspraxis Stalins evozierte.

Indes: Vor dem Hintergrund der Frage nach der »Rolle des charismatischen Führers im Mechanismus des totalitären Ein-Partei-Staates«⁵⁹⁴ stand für den Kommunismusexperten Herbert Ritvo im Märzheft des Jahres 1959 im *Monat* fest, dass Chruschtschow sicherlich eine uneingeschränkte Machtposition besaß und die unmittelbar zurückliegenden »Säuberungsaktionen« gegen die Vertreter der »partei feindlichen« Gruppe (wie zum Beispiel Bulganin, Perwuchin oder Saburow) auf den ersten Blick auffallende Parallelen mit den stalinschen Methoden aufwiesen. Gleichwohl bestanden die qualitativen Differenzen vor allem darin, dass die chruschtschowschen Säuberungen unblutig durchgeführt wurden, d. h., nicht mehr mit der physischen Liquidierung seiner »Gegenspieler« endeten – insofern hielt sich der neue Führer des sowjetischen Regimes an das gegenseitig gemachte »Versprechen« der Exponenten der »kollektiven Führung« nach Stalins Tod, nämlich gegenüber potenziellen politischen Oppositionellen keine »blutigen« Methoden anzuwenden.⁵⁹⁵

Ritvo zufolge gab es allerdings keine Garantie dafür, dass nicht in Zukunft bereits »kaltgestellte« oppositionelle Funktionäre nicht auch physisch liquidiert werden könnten. In Anbetracht des Persönlichkeitskults, der keineswegs eine »Pervertierung des Sowjetsystems« darstellte, hatte Chruschtschow seiner Auffassung nach den empirischen Nachweis für die These von Brzezinski aus seiner 1956 in den Vereinigten Staaten erschienenen Studie *The Permanent Purge* geliefert, dass nämlich in der »Ein-Partei-Diktatur« sowjetischer Provenienz die »permanente Säuberung« institutionell »verankert« war, oder anders formuliert, aus systemimmanenten Gründen erfolgte.⁵⁹⁶ Aus diesem Grund und angesichts der Eroberung der Alleinherrschaft des »neuen

592 Vgl. im Einzelnen Boris Shub, Einer neuer Bonapartismus? Die Rolle der sowjetischen Armeeführung, in: *Der Monat* 9 (1957), H. 107, S. 22–25.

593 Das Folgende nach Herbert Ritvo, Der Weg zur Alleinherrschaft. Chruschtschow nach dem XXI. Parteitag der KPdSU, in: *Der Monat* 11 (1959), H. 126, S. 3–13, hier S. 3–10.

594 Ebd., S. 3.

595 Siehe im Einzelnen ebd., S. 11 f.

596 Siehe mit ausdrücklichem Zitat aus der Studie von Zbigniew Brzezinski, in: Ebd., S. 12.

charismatischen Führer[s]« Chruschtschow konnte Ritvo zufolge die Sowjetunion zum damaligen Zeitpunkt weiterhin als ein »totalitäres System«⁵⁹⁷ charakterisiert werden.⁵⁹⁸

2.9 Analytisches Resümee

Auch wenn der *Der Monat* keine Zeitschrift war, in der wissenschaftliche Forschung im unmittelbaren Sinne betrieben wurde, kann allerdings mit Blick auf die Thematisierung, Beschreibung und Analyse der Geschichte des sowjetischen Kommunismus seit der Oktoberrevolution von 1917 bis 1960 konstatiert werden, dass unter den Autoren, zumal den zahlreichen Renegaten, eine Diskussion über eben dieses komplexe Phänomen in Gang kam, die neben einem politischen und theoretischen auch einen wissenschaftlichen Charakter besaß. Die von den 122 Autoren geschriebenen knapp 250 Beiträge zum Thema der facettenreichen Geschichte des (internationalen) Sowjetkommunismus stellten zweifelsohne auch den Versuch dar, auf der Grundlage der zeitgenössischen Forschungsliteratur eine genuine Analyse der Konstituierung und Entwicklung des sowjetkommunistischen Herrschaftssystems zu erstellen – freilich in Anbetracht von fehlenden elementaren schriftlichen »Dokumenten und Statistiken« respektive der angesprochenen grundsätzlichen »Archivsituation«.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte, d. h. den näheren historisch-politischen und -gesellschaftlichen sowie ideengeschichtlichen Bedingungen in Russland des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurde im *Monat* ausdrücklich darauf eingegangen, wie es der bolschewistischen Partei unter der Führung Lenins im Oktober 1917 als »Minderheit« gelang, die politische Macht zu ergreifen und sie mit »allen« Mitteln zu verteidigen. Vor allem wurde hierbei hervorgehoben, dass die Machtergreifung der Bolschewiki keineswegs zwangsläufig erfolgte. Denn: Ohne zum Beispiel den Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die sich vor allem durch den Verlauf des Krieges extrem zugespitzte soziale, wirtschaftliche und politische Situation im Land wären die Bolschewiki auch in naher Zukunft aller Voraussicht nach eine politische »Sekte« geblieben. Wenn zudem die demokratisch legitimierte »Kerenski-Regierung« im Oktober 1917 die Entscheidung getroffen hätte, mit Waffengewalt die staatliche Macht gegen die »nur« einige tausend Mann starken revolutionären Bolschewiken zu verteidigen, wäre es möglicherweise nicht zur Konstituierung des kommunistischen Einparteienregimes, der »Diktatur des Proletariats«, und mithin zur Abschaffung der zum damaligen Zeitpunkt gewonnenen – wenn auch nur rudimentär vorhandenen – »rechtsstaatlich« gesicherten bürgerlichen demokratischen Grundrechte gekommen. In diesem Zusammenhang kam im *Monat* sehr genau zum Ausdruck, dass die Bolschewiki nach der staatlichen Machteroberung zur Sicherung

597 Ebd., S. 13.

598 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die grundsätzlichen, im Hinblick auf den in der vorliegenden Arbeit insgesamt zugrunde liegenden Untersuchungszeitraum, der bekanntlich mit dem Heft 139 im Jahre 1960 endet, sozusagen abschließenden Einschätzungen und Reflexionen zur Geschichte der Sowjetunion nach der Revolution von 1917 von George f. Kennan, die sich auch mit der möglichen zukünftigen Entwicklung des sowjetischen Regimes unter den Bedingungen einer »modernen Industriegesellschaft« beschäftigten, in: Melvin J. Lasky, Ein Gespräch mit George f. Kennan, in: *Der Monat* 12 (1960), H. 136, S. 5–15, hier bes. S. 13 ff.